



Presseschau vom 02.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **US-Geheimdienste wollen russisches Konsulat in San Francisco durchsuchen – Moskau**

Die US-Geheimdienste wollen am Samstag das Generalkonsulat Russlands in San Francisco sowie die Wohnungen dessen Mitarbeiter durchsuchen. Dies meldet das russische Außenministerium am Freitag.

„Die US-Geheimdienste wollen am 2. September eine Durchsuchung im Generalkonsulat in San Francisco und auch in den Wohnungen der Mitarbeiter durchführen, die in dem Gebäude wohnen und Immunität haben“, hieß es in der Erklärung der Außenministeriumssprecherin Maria Sacharowa am Freitag. „Deshalb hat man angeordnet, dass sie und ihre Familien, darunter auch Kleinkinder und sogar Säuglinge, die Räumlichkeiten für zehn bis zwölf Stunden verlassen.“

Es gehe hier um das „Eindringen in eine konsularische Einrichtung“ und Wohnungen ihrer diplomatischen Mitarbeiter. „Dabei werden sie vor die Tür gesetzt, damit sie den FBI-Agenten nicht im Wege stehen“, so Sacharowa weiter.

Die Forderung Washingtons, russische diplomatische Objekte in den USA zu schließen, stelle eine direkte Gefahr für die Sicherheit russischer Bürger dar.

„Abgesehen von der feindlichen Übernahme kostspieliger Objekte aus dem russischen Staatsbesitz, deren Verkauf uns nach der Sperrung beharrlich empfohlen wird, schaffen die Forderungen der US-Behörden eine direkte Bedrohung für die russischen Bürger“, hieß es weiter.

Dnr-online.ru: Am 1. September hat das Schuljahr auch für 700 Strafgefangene begonnen, denen es nicht gelungen ist die Schule in Freiheit abzuschließen. Eine mittlere Bildung können während der Ableistung ihrer Strafe Strafgefangene in elf Gefängnissen und einem Untersuchungsgefängnis erwerben, dazu werden von Lehrern Test vorgenommen, um festzustellen, welchen Wissensstand ein Strafgefangener hat und in welcher Klasse er mit dem Unterricht beginnen soll. Dies teilte die Justizvollzugsbehörde der DVR mit. „In diesem Schuljahr sind 250 Strafgefangene in die 11. Klasse gekommen, 273 in die 10. Klasse, 141 Strafgefangene werden in der 9. Klasse lernen und weitere 36 in der 8. Klasse. Ich will anmerken, dass es in den Gefängnissen alles Notwendige für den Beginn des Schuljahrs gibt – ausgestattete Klassenräume, Bibliotheken und alle möglichen Schreibmaterialien und am wichtigsten – hochqualifiziertes pädagogisches Personal, das den Strafgefangenen täglich nicht nur neues Wissen vermittelt, sondern moralische Prinzipien, ein Gefühl der Verantwortung, des Respekts gegenüber ihrer Umgebung und ihrer Heimat“, fasste der stellvertretende Direktor der Justizvollzugsbehörde Oberst Andrej Weretecha zusammen. Nach Abschluss der Schule können die Strafgefangenen ihre Ausbildung in Ausbildungszentren fortsetzen, die auf dem Territorien der Gefängnisse sind, wo sie jeden der vorgeschlagenen Berufe lernen können, deren Liste außerordentlich breit ist.

de.sputniknews.com: **Sorge wegen „Korridor nach Kaliningrad“: Kiew beschuldigt Moskau der Eroberungspläne**

Das ukrainische Militär zeigt sich besorgt wegen der geplanten gemeinsamen Militärübungen Russlands und Weißrusslands, deren Kampfkräfte nach Meinung des Generalstabes versuchen könnten, in Richtung der russischen Nordwest-Exklave Kaliningrad durchzubrechen und Gebiete von Polen und Litauen zu erobern.

„Wie die Ereignisse auf der Krim und im Donbass zeigen, wäre es einfach, im Korridor (von Suwalki – Anm. d. Red.) eine solche Operation durchzuführen“, sagte der Sprecher des Generalstabes in Kiew, Oberst Wladislaw Woloschin, gegenüber dem Fernsehsender Espresso-TV.

Der Suwalki-Korridor trenne Weißrussland vom russischen Gebiet Kaliningrad und sei ein recht kleiner Raum zwischen Polen und Litauen, so der Militärsprecher. Ihm zufolge kann ein Teil des russischen Militärkontingents in Weißrussland bleiben.

Russland hat mitgeteilt, 3.000 Soldaten nach Weißrussland geschickt zu haben. Dabei weiß niemand, wie viele Soldaten Russland dort in Wirklichkeit eingesetzt hat und wie viele es dort bleiben lassen kann“, so Woloschin.

Das Großmanöver „Zapad 2017“ („Westen 2017“) soll vom 14. bis zum 20. September auf Übungsgeländen in Weißrussland und Russland stattfinden. Daran sollen rund 12.700 Soldaten, darunter etwa 10.200 in Weißrussland, teilnehmen. Bei den Übungen sollen 370 Panzer, bis zu 150 Artillerieanlagen und Mehrfachraketenwerfer sowie mindestens 40 Flugzeuge und Hubschrauber eingesetzt sein.

Moskau und Minsk haben wiederholt erklärt, dass die Übungen für ausländische Beobachter zugänglich sein werden. Vertreter der Ukraine, Polens, Litauens, Lettlands, Estlands, Schwedens und Norwegens sind dazu eingeladen.

Ukrinform.ua: **Generalstabschef Muschenko über Manöver „Zapad 2017“: Russland kann Schutz von russischsprachige Bevölkerung als Vorwand für Aggression benutzen**
Russland kann einen provokativen Vorwand, wie Gefahr für die russischsprachige Bevölkerung, für die bewaffnete Aggression gegen die Ukraine und die NATO-Länder während des russisch-weißrussischen Militärmanövers „Zapad 2017“ (Der Westen 2017) benutzen.

Das erklärte der Generalstabschef der ukrainischen Streitkräfte Armeegeneral Wiktor Muschenko.

„Das wahre Ausmaß der Vorbereitungen zum Manöver „Zapad 2017“, der Termin des Manövers, Truppenzahlen sowie andere Maßnahmen beweisen, dass die echten Ziele und Aufgaben der Übung weit über den Rahmen der offiziell angekündigten Ziele hinausgehen und nur ein Teil und die Tarnung der wahren Pläne sind“, so Muschenko. Dem Generalstabschef zufolge könnten an der Übung bis 230.000-240.000 Soldaten teilnehmen, etwa 100.000 davon in der strategischen Richtung Südwest, 70.000 Militärangehörige und bis 30.000 Angehörige der anderen Sicherheitsbehörden Russlands.

Vormittags:

dnr-news.com: Der Ständige Vertreter Russlands kommentierte die Idee eine Friedensmission der UNO im Donbass

Die Idee der Einführung von UN-Friedenstruppen im Donbass kann man als auf das interne Publikum ausgerichtet ansehen, während die direkte Anwesenheit der UNO für Kiew nachteilig werden kann – dies sagte der Ständige Vertreter der RF bei der UNO Wassilij Nebensja.

„Eine Friedensmission der UNO? Ich persönlich verstehe nicht so ganz, worin der Sinn dessen für Kiew besteht, welche Dividenden es ihm bringen kann, wenn dies, hypothetisch gesprochen, umgesetzt würde. Und ich habe den Verdacht, dass es auch nicht besonders vorteilhaft für die ukrainische Seite wäre“, erklärte Nebensja im Interview mit russischen Journalisten in New York.

Seiner Einschätzung nach handelt es sich hier um ein offensichtliches Manöver der ukrainischen Regierung, mehr ausgerichtet für die inländische Verwendung.“

„Es ist der Versuch, den Eindruck eines Gedankenprozesses bzgl. eines neuen Formates zu schaffen, während sie weiterhin nicht klar und stringent den definierten Regulierungsplan einhalten, der in den Minsker Vereinbarungen festgelegt ist“, sagte der Ständige Vertreter der RF.

Er wies darauf hin, dass „im Moment nur zwei Formate zur Besprechung der Regulierung der Situation im Osten der Ukraine“ bestehen: das Normannische Format (Russland, Frankreich, Deutschland und die Ukraine) und die Kontaktgruppe (Treffen in Minsk).

de.sputniknews.com: Neue US-Strategie in Afghanistan: Russischer UN-Botschafter fordert Konsultationen

Laut dem russischen UN-Botschafter Wassili Nebensja benötigt die Normalisierung der Situation in Afghanistan unter Anwendung der neuen US-Strategie für das Land ernste Konsultationen zwischen Washington und Moskau.

Es werde umfangreiche Konsultationen zwischen Washington und Moskau zu der neuen amerikanischen Strategie in Afghanistan geben müssen, um zu verstehen, „was die Amerikaner wollen und welchen Sieg sie in Afghanistan erringen wollen“, sagte Nebensja in einem Interview mit russischen Medien in New York.

„Wir wissen, dass Afghanistan ein Land ist, in dem auf militärischem Wege noch nie jemand einen Sieg erringen konnte“, betonte er.

Zuvor hatte der amerikanische Präsident Donald Trump die neue US-Strategie für das Land präsentiert. Trump hat keine Angaben zur militärischen Seite der Strategie gemacht, jedoch war es offensichtlich, dass die US-Militärs vorerst das Land nicht verlassen werden.

Unmissverständlich klar äußerte er sich bezüglich Pakistan. Das Land spiele in der

afghanischen Konfliktregulierung eine zentrale und eher negative Rolle — es werde „viel verlieren“, wenn es weiterhin Terroristen auf seinem Gebiet beheimatet, so Trump. Für Russland sei die Stabilisierung der Situation in Afghanistan von entscheidender Bedeutung, da das Land relativ nahe zur russischen Grenze liegt.

„Insbesondere besorgniserregend ist die Zunahme sowohl der Anzahl der IS-Anhänger als auch deren Einfluss in diesem Land“, betonte Nebensja.

Er unterstrich zudem, dass die US-Administration dies in der neuen Strategie überhaupt nicht beachte.

Ebenfalls fehle die politische Seite der Konfliktregulierung in diesem von Kriegen gebeutelten Land und es werde die Problematik der Drogenproduktion in keinsten Weise behandelt, so der UN-Botschafter.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueinstellung **21 Mal** verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **12 Ortschaften der Republik** mit Mörsern, Schützenpanzerwagen, Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Informationen zu Zerstörungen werden ermittelt.

Unter anderem wurde um 5:45 von den Positionen im Gebiet von Talakowka aus **Kominternowo** mit 120mm-Mörsern beschossen. Insgesamt wurden 5 Mörsergeschosse abgeschossen.

de.sputniknews.com: Peskow zu Putins Teilnahme an UN-Vollversammlung in New York
Russlands Präsident Wladimir Putin hat laut seinem Sprecher Dmitri Peskow nicht vor, an einer Sitzung der UN-Vollversammlung im September in New York teilzunehmen.

„Nein, die Beteiligung des russischen Präsidenten ist nicht geplant“, so Peskow.

Zuvor hatte die Agentur Reuters mitgeteilt, dass US-Präsident Donald Trump am 18.

September mit den Spitzenpolitikern eine Reform der Uno erörtern wolle. Peskow gab keine Kommentare zu dieser Initiative Trumps ab.

Die UN-Vollversammlung tritt am 12. September im Uno-Hauptquartier in New York zu einer Sitzung zusammen.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **sechsmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Frunse, Krasnyj Jar und Shelobok**. Geschossen wurde mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen.

Nachmittags:

dnr-news.com: Der Chef des SBU schlug vor, Abgeordneten der Rada Reisen nach Russland zu verbieten

Der Chef des Sicherheitsdienstes der Ukraine Wassilij Grizak erklärte, dass er für ein Verbot und die strafrechtliche Verfolgung von ukrainischen Abgeordneten, Politikern und öffentlichen Persönlichkeiten für einen Besuch in Russland eintritt.

„Dies wird uns definitiv bei der Arbeit helfen, ich unterstütze die Initiative des Präsidenten (zur biometrischen Kontrolle an der Grenze – Anm. d. Red.), ich würde noch weiter gehen – ich würde ein gesetzliches Verbot und eine strafrechtliche Verantwortung für Abgeordnete, Politiker und offiziellen Persönlichkeiten im Aggressor-Land einführen“, sagte Grizak am

Samstag gegenüber Journalisten.

de.sputniknews.com: Russischer Politiker Dschabarow zu Reparationsforderungen Polens:
„Null Chancen“

Die realen Chancen für Polen sowohl von Russland als auch von Deutschland neue Reparationszahlungen zu bekommen beziffern sich gegen null. Im Gegenteil, solche Forderungen wären ein Pattweg, erklärte der Vize-Leiter des auswärtigen Ausschusses im Föderationsrat (russisches Oberhaus), Wladimir Dschabarow.

„Die Perspektiven solcher Forderungen sowohl von uns als auch von Deutschland liegen bei Null“, erklärte Dschabarow.

Er unterstrich, dass nach dieser Logik auch die Frage nach einer Entschädigung für die 600.000 sowjetischen Soldaten, die ihr Leben für die Befreiung Polens von der Nazi-Besatzung ließen, gestellt werden könne und man dafür Reparationen von der jetzigen polnischen Regierung einfordern könnte.

„Das wird Polen niemals zurückzahlen können“, so der Politiker.

Ebenfalls könnte Moskau nach Polens Logik Reparationen für die Ereignisse von 1612 fordern, als die polnische Armee Moskau besetzt hatte, oder von Frankreich für den Russlandfeldzug Napoleons 1812, als Moskau komplett niedergebrannt war.

„Solche Behauptungen sind Schwachsinn, der absolute Pattweg“, betonte Dschabarow.

Er glaube auch, dass die polnische Regierung zu nationalistisch geworden sei und zu keinerlei Kompromissen bereit wäre. Die EU würde das zunehmend einsehen und solche Aktionen Warschaws immer mehr fürchten, unterstrich der russische Politiker.

Dschabarow erinnerte auch daran, dass Polen nach dem Zweiten Weltkrieg dank der Sowjetunion „praktisch kostenlos die Ländereien Ostpreußens bekommen hat.“

„Deren Beschwerden sind daher Nonsens. Dann sollen sie erstmal für diese Ländereien zahlen“, sagte er.

Zuvor hatten Vertreter der polnischen Regierungspartei PiS erklärt, das Land werde Kriegsreparationen nicht nur von Deutschland, sondern auch von Russland fordern – und zwar für den Friedensvertrag von Riga aus dem Jahr 1921, der den Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1919 bis 1921 beendete.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Trotz des leeren Geredes des ukrainischen Militärkommando, dass zusätzliche Maßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung bis hin zur Aufnahme von Strafverfahren gegen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die Waffen verwendet haben, ergriffen wurden, ist eine **Vergrößerung der Zahl der Fälle von Verletzung des Regimes der „Ruhe“** festzustellen. Zu unserem großen Bedauern kann man nicht von einer vollständigen Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte sprechen. Derzeit ist es nur möglich festzustellen, dass die ukrainische Artillerie des Kalibers 152 und 122mm ebenso wie Panzer mehr selektiv verwendet werden. Aber ein Abzug der schweren Waffen von der Kontaktlinie auf die festgelegte Entfernung durch die ukrainischen Truppen findet nicht statt. Diese Tatsache zeugt davon, dass der Rückgang der Intensität der Anwendung von verbotenen Waffen durch die ukrainische Seite nur zeitweiligen Charakter trägt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **21 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen verwendet. Auf **acht Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden 16 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 6 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner fünf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Kominternowo** abgeschossen, außerdem hat der Gegner **Oktjabrj und Sosnowskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner **eine Ortschaft** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Im Gebiet von Maximowka, Marjinskij-Bezirk (18 km von der Kontaktlinie) wurde eine verdeckte Stationierung einer 152mm-Haubitzenbatterie aus dem Bestand der 40. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Das Kommando der Brigaden der ukrainischen Streitkräfte nutzt weiter das Regime der „Ruhe“ zur Vorbereitung von Provokationen. Es ist eine **Aktivierung von Aufklärungseinheiten** des Gegners in einzelnen Richtung zu bemerken, unter anderem unter Nutzung von Drohnen. Im Zusammenhang damit, dass in der letzten Zeit von unseren Luftabwehreinheiten eine nicht geringe Zahl von ukrainischen Drohnen vernichtet wurde, ziehen die Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte für die Luftaufklärung ihre Unterstützer, sogenannte Freiwillige, heran, die für das Geld einfacher Bürger helfen, die Bevölkerung des Donbass zu vernichten.

In den letzten zwei Tagen wurde der Flug einer Drohne festgestellt, die von Freiwilligen in Richtung Dsershinsk, im Verantwortungsbereich der 128. Gebirgsjägerbrigade, gestartet wurde. Mit ihrer Hilfe haben die Aufklärer dieser Brigade die Aufklärung von Zielen und die Vorbereitung von Daten für Beschüsse mit schweren Waffen auf die Umgebung von Gorlowka und in der Nähe liegende Ortschaften durchgeführt.

Ein weiteres Mal erinnere ich das ukrainische Militärkommando, das angeblich die strenge Einhaltung der Vereinbarungen unterstützt, daran, dass die Anwendung von Drohnen in der Nähe der Kontaktlinie auch eine Verletzung der erreichten Vereinbarungen ist.

de.sputniknews.com: „Frischgebackener“ russischer Botschafter über Arbeitsatmosphäre im UN-Sicherheitsrat

Der russische Botschafter bei der Uno, Wassili Nebensja, hat sich nach seinem ersten Monat im Amt gegenüber der Presse über den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die Arbeitsatmosphäre dort geäußert.

„Ich wurde gut empfangen, kameradschaftlich und freundschaftlich, würde ich sagen. Meine Kollegen haben mich auf jede Art unterstützt. Das ist Tradition bei der Uno. Im Sicherheitsrat kommt sie vielleicht sogar besser zum Ausdruck, weil wir uns sehr oft miteinander treffen“, sagte Nebensja gegenüber russischen Journalisten.

Der Diplomat teilte weiter mit, dass er sich im August mit den Botschaftern aller Mitgliedsländer des Sicherheitsrates und anderer Staaten sowie mit Vertretern des Uno-Sekretariats bekannt gemacht habe.

Ihm zufolge ist der Uno-Sicherheitsrat „im Idealfall“ ein „Freundeskreis – abgesehen davon, dass sich die Positionen nicht immer decken und Unstimmigkeiten aufkommen“.

„Allerdings unterhalten wir außerhalb (der Arbeitsräume – Anm. d. Red.) und in den Korridoren gute und kameradschaftliche Beziehungen“, schloss der Botschafter.

Nebensja wurde am 27. Juli durch einen Präsidentenerlass zum Botschafter Russlands bei der Uno ernannt. Am Tag darauf übermittelte er dem UN-Generalsekretär, Antonio Guterres, das Beglaubigungsschreiben.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31677/37/316773713.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Im Gebiet von Stschastje haben die ukrainischen Streitkräfte unter Verwendung eines Minenlegepanzers vom Typ TMS-3 **Antipanzermine auf landwirtschaftlichen Feldern** gelegt.

Dieser Fall bestätigt ein weiteres Mal, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte keine Rücksicht auf die örtliche Bevölkerung nimmt und mit ihren Handlungen das Leben friedlicher Bürger in Gefahr bringt.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiter die Minsker Vereinbarungen bezüglich der Stationierung von Waffen und der Durchführung von technischen Arbeiten an der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Muratowo wurden zwei Panzerfahrzeuge entdeckt, die drei neue Unterstützung mit Haubitzen schützen.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR reagieren wie zuvor nicht auf Provokationen des Gegners und halten die Minsker Vereinbarungen streng ein. Wir sind offen für einen Dialog und für eine allseitige Zusammenarbeit auf dem Weg zum Frieden.

Seit dem Inkrafttreten des „Schulwaffenstillstands“ ist eine Woche vergangen. In dieser Zeit hat die Ukraine **nicht ein einziges Mal die übernommenen Verpflichtungen eingehalten**. Deshalb müssen die internationalen Organisationen, die diesen Prozess kontrollieren, auf die Seite Druck ausüben, die an der Eskalation des Konflikts die Schuld trägt. Ohne äußeren Druck auf die Ukraine ist es nicht zielführend, über eine Stabilisierung der Lage zu sprechen. Vor einigen Tagen haben ukrainische Politiker auf einem Treffen mit Vertretern Kroatiens die „Rückholung der nichtkontrollierten Territorien“ auf Grundlage der kroatische Erfahrung Anfang der 1990er Jahre erörtert.

Am 4. August 1995 haben etwa 200.000 kroatische Soldaten die Republik Serbische Kraina liquidiert, wobei einige tausende Serben getötet wurden und etwa 250.000 Angehörige der serbischen Nationalität gezwungen waren, aus dem Land zu fliehen.

Wenn ukrainische Politiker denken, dass wir das „kroatische Szenario“ nicht analysiert und studiert haben, so täuschen sie sich zutiefst. Wir führen auch analytische Arbeiten durch und wir sind zu dem Schluss gekommen, dass eine solche Entwicklung der Ereignisse wenig wahrscheinlich ist. Für einen erfolgreichen Angriff brauchen die ukrainischen Streitkräfte eine

dreifache Überlegenheit. Bei dem heutigen Zahlenverhältnis zwischen ukrainischen Truppen und Volksmiliz der LVR ist das nicht möglich.

Außerdem gibt es eine Reihe anderer Faktoren, die eine solche Operation der ukrainischen Streitkräfte wenig wahrscheinlich machen, aber im Fall eines Versuchs der Ukraine, eine militärische Operation zur Einnahme unserer Territorien durchzuführen, erwartet ihre Soldaten eine Menge unangenehmer „Überraschungen“, die wir vorbereitet haben.

Der Aggressor wird bedauern, dass er einen solchen unbedachten Angriff getan hat und wir werden alles für den Schutz unserer Bürger tun.

Die Zahl der Opfer im Fall einer militärischen Operation Kiews kann Zehntausende betragen, sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite.

Leider wird ein großer Teil unserer Toten aus der zivilen Bevölkerung kommen.

de.sputniknews.com: Schweinepest aus dem Osten: Polen will Grenzzaun zu Ukraine und Weißrussland

Polen plant an der Grenze zur Ukraine und Weißrussland einen Zaun zu errichten, um Wanderungsbewegungen von Wildschweinen aus diesen Ländern zu unterbinden. Diese könnten mit der afrikanischen Schweinepest, dem sogenannten ASF-Virus, angesteckt sein, so die Argumentation Warschau. Das berichtet RT mit Verweis auf den Sender „PolskieRadio“. Demnach hat der polnische Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Krzysztof Jurgiel, den Bau des Zauns angekündigt.

Die Kosten für den Zaun werden auf etwa 30 Millionen Euro geschätzt und er soll 729 Kilometer lang sein.

Polnische Experten erklärten, dass die afrikanische Schweinepest nach Polen von Wildschweinen eingeschleppt wurde, die ursprünglich aus Weißrussland stammen.

Die Meldungen über einen polnischen Zaun, wenn auch „nur“ gegen Wildschweine gerichtet, sind in einer Phase gefallen, in der zahlreiche osteuropäische Staaten Grenzzäune errichten wollen.

So plant Ungarn einen Zaun, um Flüchtlingsströme aufzuhalten, während die Ukraine einen Grenzzaun gegen Russland errichten will, um sich gegen den großen Nachbarn „abzusichern“.

Dnr-news.com: In der Rada forderte man vom SBU eine Liste derjenigen Politiker, die Russland besucht haben

Der Abgeordnete der Obersten Rada von der Fraktion „Radikale Partei“ Igor Mossijtschuk forderte vom Chef des SBU die Vorlage einer Liste der ukrainischen Politiker, Staatsangestellten und Offiziere der Geheimdienste, die nach Russland gereist sind, um sie zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen.

Der SBU-Chef solle unverzüglich eine Liste der ukrainischen Politiker, Staatsbediensteten einschließlich der SBU-Offiziere selbst, die ohne ordnungsgemäße Erlaubnis der staatlichen Behörden das Aggressor-Land Russische Föderation besucht hatten. Diese Personen sollen zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden, schrieb Mossijtschuk auf Facebook, wo er die Initiative des Leiters des SBU kommentierte.

de.sputniknews.com: Bruder von Saakaschwili in Kiew festgenommen

Der ehemalige Präsident Georgiens und frühere Gouverneur des ukrainischen Gebiets Odessa, Michail Saakaschwili, hat am Samstag auf Facebook mitgeteilt, dass sein Bruder Dawid in Kiew festgenommen wurde.

„Heute früh haben acht Mitarbeiter des Innenministeriums von Awakow (Innenminister der Ukraine – Anm. d. Red.) meinen Bruder Dawid Saakaschwili beim Verlassen seines Hauses festgenommen und ihn in unbekannte Richtung weggebracht“, schrieb Saakaschwili auf Facebook.

Ihm zufolge versucht man auf diese Weise, ihn selbst davon abzuhalten, in die Ukraine zurückzukehren.

Wie der TV-Sender „112 Ukraina“ meldet, hat Ilja Kiwa, ehemaliger Berater des ukrainischen Innenministers, die Festnahme bestätigt.

„Der Bruder von Michail Saakaschwili wurde wegen Verletzung der Aufenthaltsregeln im Land festgenommen. Der Migrationsdienst und die Polizei haben ihn festgenommen und bereiten ihn auf die Ausweisung vor“, zitiert der Sender Kiwa.

Zuvor hatte Saakaschwili erklärt, dass der ukrainische Präsident Petro Poroschenko einen Plan vorbereitet habe, der ihm die Rückkehr in das Land nicht mehr ermöglichen würde.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31691/01/316910165.jpg>

Lug-info.com: „Heute begeht Altschewsk den Tag der Befreiung der Stadt von den faschistischen deutschen Besatzern. Die Bürger der Stadt beteiligen sich seit dem frühen Morgen an Veranstaltungen, bei denen das Andenken der in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs gefallenen Soldaten geehrt wird sowie die Veteranen, die heute noch unter uns sind, geehrt werden“, teilte die Stadtverwaltung von Altschewsk mit.

„Die Feiern begannen mit dem Niederlegen von Blumen an neuen Grabstätten, Gedenkortern und Denkmälern der Stadt, an denen am Tag der Befreiung der Stadt Schüler Gedenkwachen aufgestellt haben.

Die zentrale Veranstaltung fand am Platz des 2. September statt, der vor genau einem Jahr im Zentrum von Altschewsk zu Ehren dieses hellen Jahrestages angelegt wurde.

Der 2. September 1943 ist ein Datum, mit dem eine neue Geschichte von Altschewsk beginnt, es ist sein zweiter Geburtstag. Nach 14 Monaten Besatzung konnten die Einwohner unserer Stadt wieder ruhig leben, keine Angst vor Ausschreitungen und Plünderungen von Seiten der Besatzer haben“, sagte der stellvertretende Bürgermeister von Altschewsk Iwan Dershij.

„Schon vier Monate später lieferte Altschewsk das erste Eisen und Stahl, die für die Front notwendig waren“, erinnerte er.

de.sputniknews.com: Wegen Konsulats-Durchsuchung: US-Botschaftsvertreter in russisches Außenamt zitiert

Der Gesandte-Botschaftsrat der US-Botschaft in Moskau ist in das russische Außenministerium zitiert worden. Ihm wurde eine Protestnote wegen der Absicht der USA überreicht, eine Durchsuchung in der russischen Handelsvertretung in Washington

durchzuführen, meldet die russische Behörde am Samstag.

„Am 2. September wurde der Gesandte-Botschaftsrat der US-Botschaft in Russland, Anthony F. Godfrey, in das russische Außenministerium zitiert. Grund war die Absicht der US-Behörden, eine Durchsuchung in der Handelsvertretung Russlands in Washington durchzuführen, zu der uns ab dem heutigen Tag der Zugang verwehrt wird, obwohl das Gebäude in russischem Staatsbesitz ist und diplomatische Immunität hat“, hieß es in der Erklärung des Außenministeriums.

In der Protestnote, die dem Gesandten-Botschaftsrat überreicht wurde, wurden die geplanten Durchsuchungen als „beispiellose aggressive Aktion“ bezeichnet. Die US-Geheimdienste könnten diese für Provokationen nutzen, indem sie den Mitarbeitern der Handelsvertretung kompromittierende Gegenstände unterjubeln, hieß es.

Das russische Außenministerium betonte zudem, es behalte sich das Recht auf Gegenmaßnahmen vor. „Die US-Behörden müssen mit groben Verletzungen des Völkerrechts aufhören“, erklärte die Behörde.

Zuvor hatte Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, mitgeteilt, dass US-amerikanische Geheimdienste eine Durchsuchung im russischen Generalkonsulat in San Francisco sowie in den Wohnungen der Diplomaten planten. Das US-Außenministerium wollte diese Informationen nicht kommentieren und empfahl, sich an das FBI zu wenden.

Dan-news.info: Eine Unterrichtsstunde des Mutes für die Kursanten der Donezker allgemeinmilitärischen Offiziersschule und Mitglieder von der militärisch-patriotischen Vereinigung für Kinder, die nach dem Helden der DVR Oleg Grische benannt ist, fand heute im militärhistorischen Museum des großen Vaterländischen Krieges in Donezk statt. Die Veranstaltung fand im Rahmen einer Reihe von Aktionen zum 74. Jahrestag der Befreiung des Donbass von den faschistischen deutschen Besatzern sowie zum 50. Jahrestag des Baus des Denkmalkomplexes „Saur-Mogila“ statt.

Zusammen mit Soldaten der DVR führte der Veteran des Großen Vaterländischen Krieges, der Teilnehmer an Kämpfen zur Eroberung der „Höhe 277,9“ Alexandr Nadtotshij die Unterrichtsstunde durch.

„An der Front geriet ich im Jahr 1943 im Alter von 17 Jahren. Zuerst lernte ich in der Panzergrenadierschule Baku, wurde Maschinengewehrschütze. Notfallmäßig wurden wir nach Rowenki geschickt und von da nach Saur-Mogila. Ich wurde verletzt“, erinnerte sich der Veteran. „Heute sind von uns Kämpfern um die Haupthöhe des Donbass, von wo aus seine Befreiung begann, noch zwei übrig – ich und Wladimir Chlapow aus Dokutschajewsk. Am Tag der Feiern zum 50. Jahrestag des Denkmalkomplexes „Saur-Mogila“ wird er auch im Donezker Museum des Großen Vaterländischen Krieges sprechen“.

Seine Erinnerung teilte auch Roman Kostjutschenko (Codename „Schikotan“), der im Jahr 2014 die legendäre Höhe in den Reihen der Milizen des Donbass verteidigt hatte, mit den jungen Leuten.

„Saur-Mogila, wo unsere Großväter kämpften, wurde auch für uns wichtig“, berichtete Kostjutschenko. „Insgesamt 29 Mann des Bataillons „Wostok“ standen einer ganze Armada der ukrainischen Streitkräfte entgegen. Dreimal haben wir das Feuer auf uns gezogen und haben standgehalten und dem Ruhm unserer Großväter keine Schande gemacht“.

Den jungen Leuten wurde der Film „Donbass. Saur-Mogila. Der unendliche Krieg“ gezeigt. Die Unterrichtsstunde endete mit einer Exkursion durch das Museum, mit einer Besichtigung der Ausstellung „Helden der Donezker Volksrepublik“.

de.sputniknews.com: „Launen der Nationalisten“: Kiew will Krim vom Festland trennen – Halbinsel reagiert

Kiews feindliche Initiativen, die Krim durch einen Kanal vom Festland zu trennen, befördern

laut dem Chef des Krim-Ausschusses für auswärtige Beziehungen, Saur Smirnow, die „Launen der Nationalisten“ und führen zu einer internationalen Isolation der Ukraine. „Wenn die Ukraine denkt, dass der Bau einer Kanalanlage die Krim zu einer Insel macht, so muss man ihnen aufs Gemüt schlagen. Die Krim wird nie eine Insel sein, da sie sich für Jahrhunderte mit Russland wiedervereinigt hat und die Errichtung der Brücke über die Straße von Kertsch die Landverbindungen nur weiter festigen wird“, sagte Smirnow am Samstag gegenüber RIA Novosti.

Zuvor wurde auf der offiziellen Webseite des ukrainischen Staatschefs Petro Poroschenko eine Petition mit der Initiative veröffentlicht, einen Kanal zwischen dem Asowschen und dem Schwarzen Meer zu schaffen und damit die Halbinsel Krim vom Festland zu trennen...

gefunden auf der Vkontakte-Seite der Volksmiliz von Novorossia: In Slawjansk wurde ein Informatiklehrer „wegen ummoralischen Fehlverhaltens, das nicht vereinbar ist mit der Fortsetzung der bisherigen Tätigkeit“ (Teilnahme am Referendum am 11. Mai 2014) entlassen. Und nun ist alles in Ordnung. Im April dieses Jahres wurde Andrej Schalda, Informatiklehrer, zu 5 Jahren Freiheitsentzug bei Bewährung von 2 Jahren für die Teilnahme an der Organisation des Referendums in Slawjansk am 11. Mai 2014 verurteilt. Dies bedeutet unter dem herrschenden verbrecherischen Kiewer Regime eine lebenslange Schuld und es erregt die Aufmerksamkeit so genannter Aktivisten, die es inzwischen in jeder Stadt der Ukraine gibt. So wurde von einer kleinen Gruppe bezahlter „Patrioten“ Druck auf die Schulleitung ausgeübt, den Lehrer zu entlassen.

Am 28. August stimmte der Gewerkschaftsausschuss der Schule gegen die Entlassung des Informatiklehrers. Die Abstimmung erfolgte geheim. Von 6 Stimmberechtigten sprachen sich 5 gegen eine Entlassung aus, eine Person enthielt sich der Stimme. Aber wie wir das vielfach beobachten, geschieht nichts ohne die Aufsicht der so genannten Aktivisten.

Am nächsten Tag, dem 29. August, verbrannten die „Aktivisten“ Reifen auf dem Schulhof. In den Medien wurde dies mit den Worten dargestellt „Die Entlassung erfolgte, nachdem völlig verzweifelte Menschen Reifen im Schulhof angezündet hatten“

Die Sache war im Kasten. Am selben Tag, dem 29. August, wurde auf Anweisung Nr. 330k vom 29.08.2017 der Bildungsabteilung der Slawjansker Stadtbehörde der Informatiklehrer Andrej Schalda entlassen. Im Dokument wurde festgestellt, dass der Lehrer entlassen wurde wegen „amoralischen Fehlverhaltens das nicht vereinbar ist mit seiner bisherigen Arbeit“. Das Regime rächt sich...



<https://cs540102.userapi.com/c639330/v639330642/4c065/Knt0Ryi6G7M.jpg>



<https://cs540102.userapi.com/c639330/v639330642/4c076/Ikh1gGxNEMI.jpg>

de.sputniknews.com: „Zwingen uns niemandem auf“: Russischer Botschafter zu Beziehungen Moskau-Washington
Moskau ist laut dem neuen russischen Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, an der Entwicklung der Beziehungen zu Washington interessiert.

„Wir sind an der Entwicklung der Beziehungen zu den USA genau in dem Maße interessiert, wie sie auch. Wir zwingen uns niemandem auf, wir bitten um nichts, bestehen auf nichts, wir sind für diese Zusammenwirkung offen“, erklärte Antonow in einer Live-Sendung des TV-Senders „Rossija 1“.

Ihm zufolge werden die russischen Diplomaten, egal unter welchen Bedingungen, „ruhig zum Wohl der russisch-amerikanischen Beziehungen weiterarbeiten“.

Zuvor hatte Antonow erklärt, dass er für den Umgang mit US-Medien offen sei.

abends:

de.sputniknews.com: Angebliche Einmischung Moskaus in Montenegro: Journalist kontert britische „Beweise“

Der montenegrinische Journalist Mathia Nikolic hat einen Artikel der britischen Zeitung „The Telegraph“ für die darin enthaltenen „sensationellen“ Fotos, die die angebliche Beteiligung Moskaus an dem gescheiterten Putschversuch in Montenegro im Vorjahr belegen sollen, scharf kritisiert. Dies berichtet die russische Onlinezeitung „Wsgljad“.

Der Journalist bezog sich auf Fotos, auf denen angeblich Eduard Schischmakow, Beamter des russischen Geheimdienstes GRU, und der serbische Nationalist Alexander Sindschelic zu sehen sind. Laut der britischen Zeitung ist dies „der wichtigste Beweis“ dafür, dass die russischen Geheimdienste in Verbindung mit den Mordplänen an dem montenegrinischen Ministerpräsidenten, Milo Dukanovic, stünden.

Nikolic erwiderte, die Fotos können kaum als „Beweis“ für die russische Einmischung dienen.

„Für ‚The Telegraph‘ ist es anscheinend unwichtig, dass zwei Personen, die im Park spazieren gehen, von keinem Gericht dieser Welt als ein relevantes Indiz für was auch immer gewertet werden würden – und schon gar nicht, wenn es um einen Putsch in einem anderen Land geht“, erklärte der Journalist gegenüber Sputnik Serbien.

Nikolic merkte an, dass, sobald in Montenegro die Rede davon aufkomme, der Nato-Beitritt des Landes sei illegitim gewesen, die westlichen Medien und Beamte sofort damit anfangen, in allen Problemen Russland zu beschuldigen.

Schon zuvor hatte „The Telegraph“ ein Foto veröffentlicht, auf dem zwei vermeintliche Mitarbeiter des russischen Generalstabs bei einer Dienstreise auf dem Balkan zu sehen sind, die – so die Zeitung – für den gescheiterten Putschversuch in Montenegro verantwortlich sein sollen.

Auch US-Vizepräsident Mike Pence hatte beim Gipfel der sogenannten „Adriatischen Charta“ in der montenegrinischen Hauptstadt Podgorica Anfang August Russland direkt vorgeworfen, den Balkan zu destabilisieren und einen Putsch in Montenegro im Jahr 2016 vorbereitet zu haben, um den Nato-Beitritt des Landes zu verhindern.

„Russland versucht weiterhin mit Gewalt, die Grenzen auf dem Westbalkan neu zu ziehen. Es hat versucht, die Region zu destabilisieren und uns und den Rest Europas zu teilen. Diese Absichten wurden bereits im letzten Jahr sichtbar, als Moskauer Agenten versucht haben, die Wahlen platzen zu lassen und sogar den Premierminister zu töten, um das Volk von Montenegro davon zu überzeugen, nicht der Nato beizutreten“, erklärte Pence.

Weiterhin unterstrich er, von Donald Trump zum Gipfel geschickt worden zu sein, „als Zeichen der ununterbrochenen Hinwendung der USA zum Balkan“

dnr-news.com: Poroschenko amnestierte die Teilnehmer der „ATO“, die minderschwere Verbrechen begangen habe

Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko unterschrieb das Gesetz „Zur Amnestie im Jahr 2016“, nach dem Teilnehmer der „ATO“, die keine schweren Verbrechen begangen haben, freigelassen werden, berichtete der Pressedienst des ukrainischen Präsidenten am Samstag. Nach Angaben des Pressedienstes fasste der Präsident diesen Beschluss am Samstag beim Treffen mit Kirchenvertretern und Helden der Ukraine sowie mit Militärangehörigen, die auf dieser Amnestie bestanden hatten.

„Ich danke Ihnen für diesen Vorschlag, für die verantwortungsbewusste, staatsbürgerliche Haltung dazu und unterzeichne das Gesetz der Ukraine „Zur Amnestie“, das die Freilassung von (wegen minderschweren Verbrechen verurteilten) „ATO-Teilnehmern erlaubt“, sagte Poroschenko und unterschrieb das Dokument.

de.sputniknews.com: Durchsuchung in russischer Handelsvertretung in Washington begonnen
In der russischen Handelsvertretung in Washington haben die Durchsuchungen begonnen, die zuvor angekündigt worden waren. Dies meldet ein Reporter der Agentur RIA Novosti vor Ort. Zuvor hatte Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, mitgeteilt, dass US-amerikanische Geheimdienste eine Durchsuchung im russischen Generalkonsulat in San Francisco sowie in den Wohnungen der Diplomaten planten. Das US-Außenministerium wollte diese Informationen nicht kommentieren und empfahl, sich an das FBI zu wenden...